

Uni bekommt zusätzliche Millionen Euro vom Land, muss aber Löcher stopfen

Sparkurs trotz Geldsegens



(Grönert)

○

VON DIRK RIBE

Es ist eine Geldspritze, die zur rechten Zeit kommt. Wie Uni-Rektor Axel Freimuth und Kanzler Michael Stückradt auf der jüngsten Senatssitzung der Hochschule erläuterten, werde die Uni künftig erheblich mehr finanzielle Mittel vom Land erhalten. Im Rahmen des „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ soll die Hochschule einen „mittleren zweistelligen Millionenbetrag“ zusätzlich erhalten, erläuterte Uni-Sprecher Patrick Honecker. Das Geld stellt das Land als Ersatz für die auslaufende finanzielle Unterstützung aus dem Hochschulpakt 2020 zur Verfügung und soll ab 2021 dauerhaft an die Hochschulen fließen. Zuletzt hatte die Uni finanzielle Einbußen erlitten, weil sie den Exzellenzstatus verloren hatte. Zudem musste die Hochschule ein Budgetloch von 17 Millionen Euro einräumen.

Die neue Landesförderung besteht aus einem Sockelbetrag, der 21 Millionen Euro pro Jahr beträgt. Zudem soll es Geld geben für zusätzlich aufgenommene Studenten sowie Prämien für Studienanfänger und Absolventen. Die Landesregierung hatte zudem beschlossen, dass die

Qualitätsverbesserungsmittel landesweit von 249 auf 300 Millionen Euro erhöht

werden. Im Gegenzug soll es keine Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer geben, über die seit zwei Jahren diskutiert worden war. NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen hatte unter anderem den Verwaltungsaufwand als zu hoch bezeichnet.

Auf der Senatssitzung wurde auch über die umstrittenen Kürzungen an der Hochschule diskutiert. Drei Dutzend Unterstützer eines Aktionsbündnisses gegen die Kürzungen nahmen an der öffentlichen Sitzung teil und hatten gleich noch einen Antrag mitgebracht: Die Uni sollte die Sparmaßnahmen, die infolge des 17 Millionen großen Budgetdefizits entstanden waren, zurücknehmen und sich stattdessen bei der Landesregierung für eine höhere Grundfinanzierung einsetzen. Doch die Senatoren stimmten gegen den Antrag. Begründet wurde das Votum damit, dass der Senat das falsche Gremium für die Entscheidung sei. „Die Diskussionen gehören in die Fakultäten“, so Freimuth.

Wer geglaubt hatte, man könne mit der Geldspritze aus Düsseldorf die angedachten Einsparungen stoppen, wurde also enttäuscht. Die Uni bleibt beim Sparkurs. Einerseits, weil die finanzielle Unterstützung des Landes erst ab 2021 kommen soll. Andererseits soll nun eine Diskussion um die Vergabe der neuen Mittel angestoßen werden. „Die Uni braucht eine gewisse Dynamik im Fächerspektrum“, so Freimuth. Die Forderung, mehr Geld beim Land zu beantragen, wies er zurück: „Wir haben gerade Geld erhalten. Jetzt sofort neues zu fordern, käme in Düsseldorf nicht gut an.“

Indessen gibt es Details, wie die Uni das Finanzloch stopfen will: Zunächst war bekannt geworden, dass die Abteilung für osteuropäische Geschichte geschlossen werden soll und die einzige Juniorprofessur für Türkeistudien auf der Kippe steht. Nun bestätigte die Uni, dass an der Wiso-Fakultät darüber hinaus jede vierte Dozenten-Stelle wegfallen soll und es im Bereich der Juristen einen Sparplan im Bereich Internationales gibt. Darüber hinaus sollen neun Professuren, unter anderem in den Bereichen Klassische Philologie, Ethnologie und praktische Philosophie gestrichen und Einsparungen im Bereich Frühkindliche Bildung und Erziehung sowie Interkulturelle Bildung und Kommunikation erzielt werden. Auch in der Verwaltung sollen 57 Stellen wegfallen.

Gegen die Pläne machen die Studenten seit Monaten mobil. Auf einer Vollversammlung mit 1600 Studenten am vergangenen Dienstag war unter anderem beschlossen worden, dass die Kürzungen nicht durchgesetzt werden und das Land die Wissenschaft auskömmlich finanzieren soll. Vor der Senatsitzung hatten etwa 100 Studenten gegen die Kürzungen protestiert. Zudem hatte das Aktionsbündnis 5000 Unterschriften gegen die Pläne gesammelt. Die Proteste wurden unter anderem vom Studierendenparlament, den Students For Future, der GEW, Fachschaften und dem Aktionsbündnis gegen die Kürzungen unterstützt. Demonstriert wurde auch gegen die Arbeitsbedingungen an der Uni: Das Gros der Mitarbeiter ist zeitlich befristet angestellt. Dies sei die Folge der mangelhaften Grundfinanzierung der Uni durch das Land, sagte Eva-Marie Zimmermann (GEW). „Wir fordern, dass die Stellen verstetigt werden“, sagte Peter Förster vom Aktionsbündnis. „Alle, die es wollen, müssen eine Dauerstelle an der Uni haben.“

Peter Förster, Aktionsbündnis gegen Kürzungen

Rektor Axel Freimuth

ZUKUNFTSVERTRAG

Der Bund stellt für den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken von 2021 bis 2023 jährlich 1,88 Milliarden Euro und ab 2024 dauerhaft jährlich 2,05 Milliarden Euro bereit. Die Länder stellen zusätzlich zur Grundfinanzierung der Hochschulen Mittel in derselben Höhe bereit, sodass bis 2023 jährlich knapp 3,8 Milliarden Euro und ab 2024 jährlich 4,1 Milliarden Euro bereitgestellt werden. *(red)*